

## "Nach Absetzung der Dynastie zur freien Republik erklärt"

### Aus den Tagen der Novemberrevolution 1918 und der Räterepublik 1919 in Lindau/Bodensee

"Ich war heute vormittags um 10 Uhr im Einwohnermeldeamt, als ein Herr daselbst erschien und nach einem gewissen Herrn Müller fragte. Frl. Hirschmann erwiderte ihm, dass der nicht hier sei. Dabei machte ich die auffällige Beobachtung, dass der betreffende Herr in seine Überziehtasche hineinfuhr, aus welcher der Schaft eines neuen Revolvers herauschaute. Dabei entfernte sich der betreffende Herr... (Er) scheint mir ein Bediensteter oder Arbeiter bei Zeppelin zu sein...". Aus diesen



**Revolutionskundgebung am 9. 11. 1918 vor dem Lindauer Rathaus. Repro: Sammlung Schweizer**

Worten des Depeschenboten Roth vom 11. November 1918 spricht ein wenig die Dramatik jener Tage und Wochen, als auch in Lindau die Arbeiterschaft revolutionär daran ging, den ersten Weltkrieg und mit ihm die Herrschaftszeit der Könige und des Kaisers in Deutschland zu beenden.

Schon am 28. Oktober 1918 war es anlässlich eines erneuten Abtransportes von Soldaten aus Lindau an die Front zu einer Revolte gekommen. Rufe wie "Nieder mit dem Kaiser! Hoch die Revolution! Hoch Wilson", dem damaligen US-Präsidenten, waren hörbar geworden. Bis zu seinem Ende forderte der 1914 von den Regierungen Österreichs und Deutschlands angezettelte Krieg allein aus Lindau und

den damals noch selbständigen Gemeinden Aeschach, Hoyern und Reutin zusammen 433 Todesopfer.

Neben den Soldaten waren die Belegschaft der Rickenbacher Nestle-Milchfabrik und die zusammen bis zu 2000 Beschäftigten der beiden erst 1917 in Reutin in den früheren Saurer-LKW-Fabrikhallen und im Zech von Claude Dornier eröffneten Zeppelin-Flugzeugwerke wichtige Zentren der örtlichen Revolutionsbewegung.

Noch am 8. November, in München und vielen deutschen Großstädten hatte die Revolution längst gesiegt, ließen Bürgermeister Schützing und Gemeindegremiumsvorstand Jakob Schobloch auf der ersten Seite des Lindauer Tagblattes verkünden: "Aufruf! Nach hierher gelangten Gerüchten haben sich in der vergangenen Nacht in unserer

Hauptstadt München Ereignisse vollzogen, die auf eine Änderung der bestehenden Regierungsform schließen lassen. Im dringendsten Interesse der hiesigen Einwohnerschaft liegt es, jede Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ferne zu halten. Wir wollen unsere Heimat vor dem Elend bewahren, das die Zuchtlosigkeit unzweifelhaft mit sich Russland und in Österreich dienen."

Doch schon am die Revolution durchgesetzt letzte Seite des Tagblattes:

"Volksgenossen! Soldaten, von Stadt und Land! Eine

unser Bayerland ist nach Absetzung der Dynastie zur freien Republik erklärt worden! Heute hat sich auch hier ein Arbeiter- und Soldaten-Rat gebildet, der im Einvernehmen und in steter Fühlungnahme mit der neuen Volksregierung in München die ausübende Vertretung des Volkswillens bildet. Die Militär- und Zivilgewalt ist in unseren Händen. In allen bisherigen Ämtern: Bezirksamt, Magistrat, Gericht und Gemeindeverwaltungen werden Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates Hand in Hand mit bewährten Beamten die Geschäfte weiterführen. Wir erwarten von dem gesunden Geiste unseres Volkes, der sich in vier unsäglich schweren Kriegsjahren so tapfer bewährt hat, vollste Unterstützung und daß die bisherige Ruhe und würdige Haltung gewahrt bleibt.

Gendarmerie und Schutzmannschaft sind angewiesen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Der Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldaten-Rates...Der unterfertigte Bürgermeister der Stadt Lindau verpflichtet sich, den zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit getroffenen Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats Folge zu leisten, Dr. Schützing. Für das Bezirksamt, Graf Hirschberg."

Der Beschluss zur samstäglichen Revolutions-Demonstration vom 9. November und dem dazu nötigen Streik, da damals samstags noch gearbeitet wurde, ging auf die Arbeiter/-innen der beiden Zeppelin-Werke zurück, heute Escher-Wyss und Hoeckle. Von der Rickenbacher Milchfabrik, heute Dornier, beteiligte sich die Belegschaft mit roten Fahnen. Eine Abordnung der örtlichen SPD führte den Demonstrationszug an. Die Soldaten der Lindauer Garnison schlossen sich komplett und ohne Blutvergießen an. In den Kasernen und vor dem Rathaus, der Vorplatz war so gefüllt wie sonst nur am Kinderfest, wurden Zwischenkundgebungen abgehalten. Dabei erfuhren die Demonstranten/-innen, dass Lindaus neue Arbeiter- und Soldatenvertretung sich der revolutionären Regierung unter Kurt Eisner von der Unabhängigen Sozialistischen Partei USPD anzuschließen gedenkt.



bringen wird...Die Zustände in sollen jedem zur Warnung

darauffolgenden Tag hatte sich und folgender Aufruf füllte die

Arbeiter, Landwirte und Bürger neue Zeit ist angebrochen und

Im Anschluss an die Demonstration konstituierte sich der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat öffentlich. Den kleinen Sitzungssaal im Rathaus bestimmte er zu seinem Konferenzraum. Später verlegte der Soldatenrat sein Büro in das Stabsgebäude der Luitpoldkaserne, der Arbeiterrat das seinige in das Messungsamt.

Vor den öffentlichen Gebäuden, wie Post, Bahnhof, Offizierskasino usw., wurden bewaffnete Posten aufgestellt, die Straßen von Räte-Patrouillen kontrolliert.

Zu Beginn bestand der Vollzugsausschuss des Arbeiter- und der Soldatenrates aus acht Mitgliedern. Doch schon am 14. November, dem Tag, als auch in Lindau die

# Lindauer Tagblatt

Generalanzeiger für das bayer. Bodenseegebiet und Allgäu  
 Amtsblatt für die Stadt Lindau

Amtliches Bekanntmachungsgewand des kgl. Amtsgerichts Lindau sowie der Gemeinden Aeschach, Bodolz, Hoyren, Mitten, Nonnenhorn, Oberreitnau, Reutin und Weissenberg.

|   |                               |   |
|---|-------------------------------|---|
| Das Lindauer Tagblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.<br>Bezugspreis: Im Voraus monatlich 3.00 Mark, monatlich 1.10 Mark, halbjährlich<br>5.00 Mark, jährlich 10.00 Mark. Die 90 vom Kaiserlichen Postamt in Lindau<br>bezugsfähige Exemplare sind nach Tarif. Bestellungen in Lindau, Aeschach,<br>Bodolz, Hoyren, Mitten, Nonnenhorn, Oberreitnau, Reutin und Weissenberg.<br>Schriftleitung: Für den politischen Teil Dr. Karl Göhr, für den gesamten übrigen<br>Teil Ernst Bräuer in Lindau L. B. | Donnerstag<br>14.<br>November | Anzeigenpreis: Für die erste Zeile und Umrahmung bis 10 mm breite Zeilen 10 Pf.<br>für 10 Zeilen 1.00 Mark. Die 90 vom Kaiserlichen Postamt in Lindau<br>bezugsfähige Exemplare sind nach Tarif. Bestellungen in Lindau, Aeschach,<br>Bodolz, Hoyren, Mitten, Nonnenhorn, Oberreitnau, Reutin und Weissenberg.<br>Schriftleitung: Lindau L. B., Reichelstr. 10, Fernsprecher 17.<br>Druck und Verlag: Lindauer Tagblatt Dr. Karl Göhr, Lindau L. B. |
| 1918. Nr. 266.  |                               | 66. Jahrgang.   |

## Thronverzichtserklärung des Bayern-Königs

Die Durchführung der Waffenstillstands-Bedingungen - Ein Vertreter der Entente in Spa, eine Stadt in der belgischen Provinz Västisch, eingetroffen.  
 um mit unseren Delegierten mit dem Waffenstillstand zusammenhängende Fragen zu besprechen - Der Oberbefehl der englischen Flotte verlangt: Den Oberbefehl  
 der deutschen Hochseeflottekräfte zu besprechen - Der kleine Kreuzer „Königsberg“ zu diesen Zweck in See geschickt - Rücktritt des englischen  
 Propaganda-Ministers Kerbel - Unruhe in Wien - Wertsicht des Kaisers Karl auf den unangenehmen Thron

Rücktrittserklärung des bayrischen Königs bekannt wurde, bestanden beide zusammen aus 27 Personen, davon fünf als beratende Mitglieder. Eine Frau wurde nie zum Räte-Mitglied gewählt. Die bekannteren unter den Arbeiterräten waren ursprünglich der damalige Lindauer Gewerkschaftsvorsitzende Christian Haberbosch, der Metallarbeiter Max Dittrich und der erste Lindauer sozialdemokratische Stadtrat und Kino-Pionier Hermann Brugger. Vorsitzender des "Direktoriums des Arbeiter- und Soldatenrates" wurde auf dessen Sitzung vom 13. November 1918 der Diplom-Ingenieur und Chef des Vermessungsamtes, Oskar Groll. Dieser hatte erst gegen Ende des Krieges zur örtlichen SPD gefunden, nachdem er zuvor stramm kaisertreu gedacht hatte. Juristischer Berater wurde der Rechtsanwalt und spätere Justizrat Max Nördlinger. Durch all diese Erweiterungen war das ursprünglich stark proletarische Element der Räte massiv eingeschränkt worden. Für die neun lohnabhängigen Arbeiter im Rat, die seit ihrer Wahl von ihren bisherigen Unternehmern keinen Lohn mehr erhielten, verlangte das Räte-Direktorium die Bezahlung von deren früheren Tagesverdiensten zwischen neun und achtzehn Mark von der Stadtkasse. Das entfachte eine lang anhaltende Auseinandersetzung mit der Behörde, obwohl Ministerpräsident Kurt Eisner am 21. November persönlich die Lindauer Verwaltung dazu verpflichtete, die Gelder zu bezahlen. Die Frau Eisners pflegte damals persönliche freundschaftliche Kontakte zu Lindauer Sozialdemokratinnen.

Die örtliche Arbeit der Räte konzentrierte sich rasch auf die Verwaltung der vom Krieg zurückgelassenen extremen Mangelsituation in allen Bereichen des alltäglichen Bedarfes. So ließen die Räte beispielsweise einen für Innsbruck bestimmten Eisenbahn-Kohletransport beschlagnahmen und in der Stadt verteilen. Schon auf ihrer Sitzung vom 13. November beschlossen sie, den Schwerstarbeitern die ihnen zustehende Lebensmittelzulage nicht erst am Monatsende, sondern sofort

zuzuweisen. Haushalte, meist in besseren Wohngebieten, wurden nach gehorteten Lebensmitteln und Kohlevorräten durchsucht und das Gefundene öffentlich verteilt. Der Soldatenrat beschloss unter Leitung seines 1. Vorsitzenden, Gefreiten Miller, das Offiziers-Kasino zu einem Privathaushalt zu erklären und ihm dadurch bisherige Versorgungsprivilegien zu nehmen. Die Standort-Schlächtereier wurde erst kontrolliert und später zugunsten der örtlichen Metzgereien aufgelöst. Die zuvor adeligen Namen der in Lindau



**Das Lindauer Landtor mit der roten Fahne zur Zeit der Räterepublik im April 1919. Repro: Sammlung Schweizer.**

beheimateten bayrischen Bodensee-Dampfer taufte sie im März 1919 in neutrale regionale Städtenamen um. Auf Druck der Revolutionsbewegung beschloss auch der Lindauer Magistrat für alle städtischen Betriebe, außer dem Elektrizitätswerk, die Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages. Dies wurde dann Anfang Dezember in der Form erweitert, dass in den Bäckereien und Konditoreien die Nachtarbeit verboten wurde. Eine eigenartige Wankelmütigkeit der Lindauer Räte im revolutionären Sinne dokumentierte andererseits beispielsweise folgender Beschluss vom

13. November: "Bezüglich der Überwachung des Reiseverkehrs nach der Schweiz soll vor allem die Verschleppung deutschen Vermögens und von Nahrungsmitteln ins Ausland und andererseits der Versuch etwaiger plündernder Banden zum Übertritt auf das deutsche Gebiet, sowie die extra beabsichtigte Einführung bolschewistischer Propaganda nach Deutschland mit allen Mitteln verhindert werden."

Um auch die ländliche Bevölkerung in die Rätebewegung zu integrieren, und um die prekäre Lebensmittelsituation mildern zu können, veranstaltete der Arbeiter- und Soldatenrat vom 14. bis zum 19. November in allen Gemeinden des Bezirkes (Landkreises) Lindau Bauernversammlungen. Auf ihnen wurden die Vertreter für den dann 37-köpfigen Bezirks-Bauern-Rat bestimmt, welcher sich am 19. November im Hause des nationalliberalen Guts- und Gasthausbesitzers Landrat Lingg in Wombrechts konstituierte. Vorsitzender wurde erneut Oskar Groll, sein Stellvertreter Gutsbesitzer und Bürgermeister Thomann aus Hoyern, Schriftführer der Brauerei- und Gutsbesitzer Höß aus Schachen.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften und Arbeitsmitteln wurde zur Aufgabe erklärt. Zuvor für Kriegszwecke eingezogene Blitzableiter, Brennkessel, Glocken und andere Kupfergegenstände wurden zurückgefordert, von der Spitalverwaltung und dem Forstamt Brennholz angefordert.

Gleichzeitig signalisierte aber beispielsweise der öffentliche Aufruf zu einer Versammlung des bürgerlichen Mittelstandes für den 1. Dezember im Stadttheater, dass sich der bürgerliche Widerstand aus Gewerbe, Handel und freien Berufen gegen eine Fortführung der Revolution in Richtung einer Rätedemokratie zu

formieren begann: für die massive Vertretung des Mittelstandes in den aus der Revolution hervorgegangenen Räten und die baldmöglichste Wahl einer parlamentarischen Nationalversammlung.

In den Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919, bei welchen dank der Revolution erstmals in Deutschland auch die Frauen das Wahlrecht hatten, erreichte die SPD in der Stadt Lindau mit 1217 Stimmen die meisten Stimmen, gefolgt von der liberalen Deutschen Volkspartei mit 1168 und der katholischen Bayrischen Volkspartei mit 784 Stimmen. Kurt Eisners USPD erhielt, ähnlich wie in ganz Bayern und bei den Landtagswahlen ein Woche zuvor, gerade 49 Stimmen. Die revolutionären Arbeitermassen der Reutiner Zeppelinwerke waren in ihrer großen Mehrheit nach dem Ende ihrer Arbeitsdienst-Verpflichtung längst wieder aus Lindau abgewandert.

### **„Der Kapitalismus soll durch die Räterepublik gebrochen werden...“**

Die Kommunisten hatten nicht kandidiert und ihre beiden bekanntesten Köpfe, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren Mitte Januar von revolutionsfeindlichen Soldaten ermordet worden. Bayerns Revolutionsführer und neuer Ministerpräsident Kurt Eisner geißelte dies bei seiner Wahlkampfreden am 18. Januar 1919 in Lindau-Reutin mit deutlichen Worten. Als Mitglied der USPD kam er selbst nun jedoch täglich mehr unter Druck, als Wahlverlierer vom Amt des Regierungschefs zurückzutreten. Wie heftig der Kampf um eine Fortführung oder Beendigung der Revolution vom vergangenen November ausgetragen wurde, zeigte sich, als Eisner am 21. Februar auf dem Weg zur Landtagssitzung in München auf offener Straße vom jungen Grafen Arco auf Valley erschossen wurde.

Die Bewegung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte reagierte alarmiert und radikalisierte sich in großen Teilen. Als sich Lindaus Regimentskommandeur General von Bram weigerte, beim Trauerumzug für Eisner die Militärkapelle vorneweg schreiten zu lassen, wurde er vom örtlichen Soldatenrat abgesetzt. Am 1. März erhielten alle Offiziere des Standortes Lindau vom Soldatenrat die Information, dass diejenigen unter ihnen, die bisher nicht von den Mannschaften gewählt oder bestätigt worden waren, bis auf Weiteres beurlaubt seien. Dies traf auf alle zu. Angesichts der enormen Preissteigerungen bei Wohnungen, Kleidern und Lebensmitteln während der vergangenen vier Kriegsjahre und nach massiver Einflussnahme durch den Arbeiterrat, entschloss sich Lindaus Stadtrat am 29. März für eine Lohnerhöhung zu Gunsten der städtischen Bauhofarbeiter. Bereits Mitte März hatten die Räte durchgesetzt, dass die leerstehende Villa Toscana, heute Stadtverwaltung, beschlagnahmt und mit der Umwandlung in Mietwohnungen begonnen wurde. Die Gründung einer Reutiner Ortsgruppe der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands USPD im März 1919 symbolisierte auffällig die Radikalisierung innerhalb der Arbeiterschaft und der Soldaten. Unterstützung erhielten diese Lindauer dabei vom Friedrichshafener Arbeiterrat Jakob Braun vom Maybach-Motorenbau, heute MTU.

Immer deutlicher gestaltete sich nun die Diskussion, ob die junge parlamentarische Demokratie in Bayern nicht besser durch eine sozialistische Räteredemokratie ersetzt werden sollte, um die bisherigen Errungenschaften der Revolution zu schützen. Oskar Groll (SPD), Vorsitzender des Lindauer Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, konnte nur mit Mühe verhindern, dass der Soldatenrat am 27. März eine Resolution beschloss, in welcher gefordert wurde: „Ausrufung einer Republik Lindau, Einziehung der Kriegsgewinne von Lindauer Kapitalisten, Absetzung der Bürgermeister, des Bezirksamtsvorstandes und des Direktors des städtischen E-Werkes“. Der

Bezirksbauernrat schrieb andererseits gleichzeitig an den Arbeiter- und Soldatenrat Lindau, dass er prinzipiell gegen die Errichtung einer Räterepublik sei.

Am 5. April 1919 kamen zwei Vertreter der Münchner Räte in die Stadt, um für eine Räterepublik zu werben, was zunächst von Groll und der Mehrheit der Räte begrüßt wurde. Zwei Tage später riefen der Zentralrat der bayerischen Räte, die Münchner SPD, die USPD Bayern und Münchner Anarchisten die Räterepublik



Bayern aus. Die neue SPD-geführte Landesregierung Hoffmann lehnte dies ab und floh nach Bamberg. In Lindau erfolgte noch am selben Tag die Räte-Proklamation mit Glockengeläut, roter Beflaggung öffentlicher Gebäude, dem Landtor und der Fabriken, einer Demonstration und bewaffneten Straßensperren auf dem Eisenbahndamm sowie der Landtorbrücke. Das Lindauer Tagblatt kam unter Vorzensur durch die Räte. Ab 12.00 Uhr war Staatsfeiertag, ab 16.00 Uhr große Revolutionsversammlung im Hotel Seegarten. Hier stellte sich nun auch Oskar Groll auf

die Seite der Räterepublik, „...weil sonst die Unabhängigen die Sache in die Hand genommen hätten.“ Die bisherigen Parteien und die Politik sollten seiner Meinung nach von der Machtausübung ausgeschlossen und diese in die Hände der Vertretungen aller Berufe gelegt werden. Eine großzügige Sozialisierung sei durchzuführen, der Kapitalismus und die Macht der Bürokratie zu brechen. Die Zentralmacht in München habe mit dem flachen Land zusammen zu arbeiten. In der ausführlichen Diskussion mahnte ein Vertreter des Lindauer Bürgertums den Anschluss an die SPD-geführte Reichsregierung Ebert-Scheidemann an. Oskar Groll wurde mit großer Mehrheit als Vorsitzender bestätigt.

In Absprache mit der Regierung Hoffmann in Bamberg mobilisierte die württembergische Landesregierung unter Wilhelm Blos (SPD) den in Friedrichshafen-Löwental stationierten Hauptmann Erwin Rommel, Hitlers späteren

„Wüstenfuchs“, mit zwei Sicherheitskompanien der Garnison Weingarten/Friedrichshafen gegen das revolutionäre Lindau zu ziehen. Zur Ausrüstung gehörten zwei Boote, zwei schwere Maschinengewehre und ein von den Zeppelin-Werken gestellter LKW. Zeppelin betrieb seit 1917 unter Claude Dornier auch in Lindau eine Flugzeugproduktion in den Räumen der heutigen Sulzer-Escher-Wyss und im Zech. Doch mehr als die Hälfte der württembergischen Soldaten weigerte sich, gegen die Arbeiter in Bayern zu ziehen. Unterstützung erhielt Rommel hingegen bei einem heimlichen Vorabbesuch in der Inselstadt aus Kreisen des örtlichen Bürgertums und der Bauernschaft des Umlandes zugesagt. Mit zusätzlichen 180 Sturmgewehren für die versammelten rund 300 Bauern und Gewerbetreibenden marschierte er in der Nacht zum 19. April vor die Insel. Weiter kam er nicht, denn zwei Friedrichshafener Arbeiter hatten sich zuvor per Rad nach Lindau aufgemacht und die hiesigen Räte gewarnt. Das Landtor wurde geschlossen, revolutionäre Lindauer Soldaten bezogen mit Maschinengewehren auf der Brücke, dem Bahndamm und am Hafen Posten und hielten Rommels Boote auf Distanz. Von Reutin aus rückten bei Tagesanbruch rund 300 bewaffnete Arbeiter als „Rote Garde Reutin“ gegen die konterrevolutionären Truppen an. Rommel traf sich daraufhin mit Rätevertretern in der Mitte der Brücke. Nach langen



Abstimmung der Bevölkerung der Inselstadt Lindau am 19. April 1919 über das Ende der Räterepublik Lindau. Foto im Stadtarchiv Lindau, Repro: Schweizer.

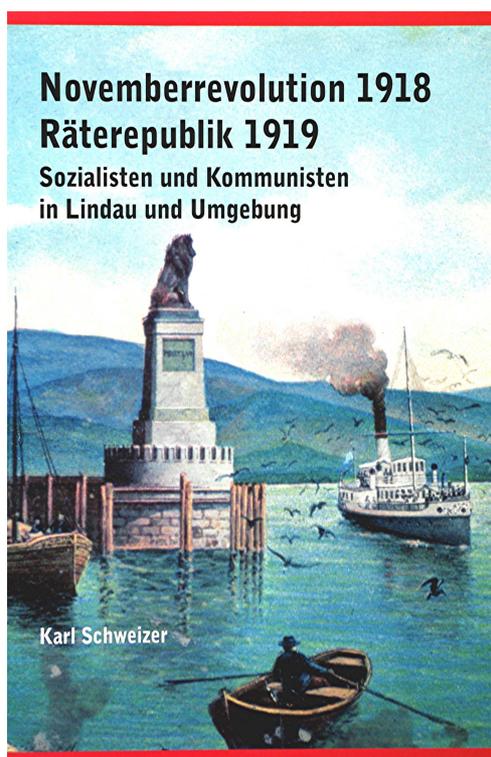
Verhandlungen einigten sich die Männer auf eine Volksversammlung der Inselbevölkerung, welche über die politische Orientierung abstimmen sollte. Diese entschied sich nach heftigen Debatten unter freiem Himmel auf der Seeaufschüttung an der Stelle der heutigen Inselhalle mit großer Mehrheit für einen Anschluss an die Regierung Hoffmann in Bamberg. Die Bauern begaben sich wieder auf ihre Dörfer und gegen Abend fuhr Rommels Truppe ab Enzisweiler zurück nach Friedrichshafen.

Nach der Niederschlagung der Räterepublik in München trafen am 17. Mai in fünf Sonderzügen mit Geschützen, Reiterei und Panzerwagen erneut 2000 Soldaten des Freikorps Schwaben in Lindau ein, besetzten die Stadt und die selbständigen Festlandsgemeinden, beschlagnahmten die Waffen und verhafteten die bekanntesten Arbeiter- und Soldatenräte, insbesondere aus dem Umfeld der USPD. Die Verfahren gegen vier Mitglieder des Soldatenrates wurden nach etlichen Monaten wieder eingestellt, die Verhafteten entlassen. Zwei Verfahren gegen Oskar Groll, eines wegen angeblichen Hochverrates, wurden bis 1920 wieder eingestellt. Bei den Neuwahlen zum Lindauer Stadtrat im Juni 1919 gewannen die Deutsche Demokratische Partei neun, die Bayerische Volkspartei fünf und die SPD sechs Sitze, darunter die ehemaligen Arbeiterräte Haberbosch und Groll.

Die Lösung vieler sozialer Fragen blieb weiterhin offen, wie fünf Tage nach der Wahl die Erklärung der streikenden Arbeiter der Landmaschinenfirma Zwisler in Rehlings dokumentierte: „Die Bauern, welche Maschinen von der Firma kauften, werden wissen, daß der Verkaufspreis mit den Arbeitslöhnen in großem Widerspruch steht. Das Streikkomitee.“ Zwei Wochen später organisierten Lindauerinnen eine Protestkundgebung vor dem Rathaus und der Marmeladenfabrik Haug wegen der überhöhten Kirschenpreise.

© Karl Schweizer, edition-inseltor Lindau, November 2018

### Quellen und Literatur:



- Stadtarchiv Lindau, Bayerische Akten B II, Sign. 93/4 und 93/7.
- Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Sign.: E 135, Bü 52: „Bericht über das Unternehmen gegen Lindau“ von Erwin Rommel.
- Karl Bachmann „Geschichte Lindaus um den Ersten Weltkrieg 1900 – 1919“ in „Neujahrsblatt 40 des Museumsvereins Lindau 2000.“, Lindau 2000.
- Karl Schweizer „Novemberrevolution 1918, Räterepublik 1919 – Sozialisten und Kommunisten in Lindau und Umgebung“, Lindau 2018..



Plakat aus dem Lindauer bayerischen Landtagswahlkampf Sommer/Herbst 2018.